



Hans Böckler Stiftung

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Ergebnisbericht zum Forschungsvorhaben

Transparenz bei Public-Private-Partnership (PPP) im Infrastrukturbereich („P3T“)

Eine ökonomisch-juristische Analyse

Forschungsschwerpunkt: Strukturwandel – Innovationen und Beschäftigung

Laufzeit: 01.04.2012 - 31.08.2015

Projektnummer: 2011-507-1

Internetseite des Projekts: <https://www.boeckler.de/11145.htm?projekt=2011-507-1>

Projektleitung: Prof. Dr. Thorsten Beckers, TU Berlin,
Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP)

Projektbearbeitung: Prof. Dr. Thorsten Beckers, TU Berlin, Fachgebiet
Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP)

Prof. Dr. Jürgen Kühling LL.M., Universität Regensburg,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht,
Infrastrukturrecht und Informationsrecht

Wissenschaftliche Mitarbeiter: Dr. Jan Peter Klatt und
Andrej Ryndin (beide TU Berlin - WIP) sowie Andreas
Bäuml, Julia Schwab und Tobias Schall (alle Lehrstuhl
Prof. Kühling)

Wissenschaftliche Hilfskräfte: Michael Biendl, Johannes
Guttenberger und Carolin Klein (alle Lehrstuhl Prof.
Kühling)

Studentische Mitarbeiter: Laura Wenzel, Tim Hainbach und
Sebastian Feuß (alle TU Berlin - WIP) sowie Kathrin
Weinbeck und Maria-Viktoria Runge-Rannow (beide
Lehrstuhl Prof. Kühling)

Kooperationspartner: Robert Köslig, Urbane Infrastruktur, Berlin
(Unterauftragnehmer)

Kontaktdaten:

Technische Universität Berlin
Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP)
Sekr. H33
Straße des Juni 135
10623 Berlin
<http://www.wip.tu-berlin.de>

Universität Regensburg
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und
Informationsrecht
Universitätsstraße 31
93040 Regensburg
<http://www.lehrstuhl-kuehling.de>

Berlin, 15. Mai 2017

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangspunkt und Fragestellung	4
2	Empirische Grundlagen.....	6
3	Ergebnisse	8
4	Einzelergebnisse und Publikationen.....	10
4.1	Publikationen	10
4.2	Konferenzbeiträge, Präsentationen und Stellungnahmen	12
4.3	Unterstützende Tätigkeiten und weitere Verwendung von im Forschungsprojekt generierten Erkenntnissen in anderen Kontexten.....	13
5	Verwendete Literatur (Auswahl)	15

1 Ausgangspunkt und Fragestellung

Der öffentlichen Hand stehen für die Realisierung von Infrastrukturprojekten grundsätzlich verschiedene Beschaffungsvarianten zur Verfügung. Bei der üblichen konventionellen Beschaffungsvariante werden die Aufgaben auf den Wertschöpfungsstufen Planung, Bau, Betrieb und Erhaltung einer Infrastruktur in separaten und relativ kurzfristigen Verträgen an verschiedene i. d. R. private Unternehmen übertragen. Dahingegen werden bei PPPs die Wertschöpfungsstufen gebündelt in einem umfangreichen und langfristigen Vertrag an einen privaten Auftragnehmer vergeben und meist viel privates Kapital mit einbezogen. In dem interdisziplinären ökonomisch-juristischen Forschungsvorhaben „Transparenz bei Public-Private-Partnerships (PPP) im Infrastrukturbereich“ (P3T) soll im Rahmen einer ökonomisch-juristischen Analyse die Bedeutung von Transparenz bei PPP-Vorhaben (vor allem im Straßen- und Hochbau) über alle Projektphasen hinweg für die Erreichung eines effizienten öffentlichen Beschaffungswesens im Infrastrukturbereich herausgearbeitet werden. Ausgangspunkt für dieses Forschungsprojekt ist folgende Erkenntnis: Diverse Akteure, die an der Vorbereitung und Fällung von Entscheidungen über die Realisierung von PPPs (bzw. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)) beteiligt sind, unterliegen generell vielfältigen Fehlanreizen im Hinblick auf die Auswahl des Beschaffungsansatzes, was im Ergebnis zu einer zu extensiven Anwendung des PPP-Ansatzes führen dürfte. Die Anreizverzerrungen zugunsten der PPP-Variante, die eine erhöhte Komplexität aufweist, sind insbesondere durch eine ungenügende Ausgestaltung des institutionellen Regelrahmens im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Realisierung von PPP-Vorhaben bedingt. Dieser ist durch eine mangelhafte Transparenz gekennzeichnet, was die Durchführung von PPP-Projekten, die mit einer Verschlechterung der Kosteneffizienz einhergehen, erleichtert.

Die Intransparenz bei PPPs in Deutschland betrifft regelmäßig vor allem auch die zentralen Dokumente im Rahmen der Projektrealisierung von PPP-Vorhaben wie insbesondere Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (WU) und die (PPP-)Verträge. So werden nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) als auch der Länder viele Anfragen nach solchen Dokumenten und Informationen abgelehnt oder nur stark geschwärzte Fassungen herausgegeben. Grundsätzlich geht Transparenz sowohl mit positiven als auch negativen Effekten einher. So kann Transparenz bei PPPs beispielsweise eine öffentliche Diskussion der entsprechenden Unterlagen und den Einbezug von in der Gesellschaft vorhandenem Know-how verbessern. Allerdings sind auch Nachteile infolge von Transparenz zu berücksichtigen, wozu unter anderem die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie etwaige negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsintensität gehören. Die Transparenzvorteile und

-nachteile sind dabei stets miteinander abzuwegen, was in vielen Fällen eine herausfordernde Aufgabe darstellt.

Vor diesem Hintergrund sind in diesem Forschungsvorhaben Möglichkeiten zu einer Erhöhung der Transparenz bei PPPs sowohl aus ökonomischer als auch juristischer Sicht analysiert worden. Dabei ist vor allem der Frage nachgegangen worden, welche im Kontext einer PPP-Projektrealisierung zu erstellenden Dokumente (insbesondere WU und Vertrag) in welchem Umfang zu welchem Zeitpunkt gegenüber welchen Akteuren veröffentlicht werden sollten und inwieweit sich dies im Kontext des IFG rechtlich umsetzen ließe? Somit sind auf Basis der interdisziplinären Analyse Vorschläge für die Anpassung des institutionellen Rahmens, d. h. insbesondere der gesetzlichen Regelungen, zu entwickeln gewesen, mit denen für die entsprechenden öffentlichen Stellen sinnvolle bindende Vorgaben zu ihrer Transparenzpolitik gemacht werden können. Weiterhin ist unter Rückgriff auf die ökonomischen Analysen aus rechtlicher Sicht herauszuarbeiten gewesen, welchen Spielraum für eine erhöhte Transparenz bestehende rechtliche Regelungen bieten. Bei den rechtlichen Regelungen im Rahmen des IFG sind die Untersuchungen vor allem auf die beiden Ausschlussstatbestände „Schutz des fiskalischen Interesse des Bundes“ und „Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen“ fokussiert worden.

2 Empirische Grundlagen

In dem Forschungsprojekt wurden mehrere Fallstudien zu verschiedenen ÖPP-Projekten durchgeführt, wozu i. d. R. auch ein umfangreiches strukturiertes Experteninterview mit leitenden Verantwortlichen auf Seiten der öffentlichen Hand als zentraler Bestandteil gehört. Die Fallstudien dienten dem Zweck, einen Überblick und ein besseres Verständnis der Transparenzpraxis bei ÖPP-Projekten zu bekommen und deren Erkenntnisse in die ökonomischen Analysen einfließen zu lassen.

Auf Bundesebene wurden dabei folgende Fallstudien durchgeführt:

- Neubau des Bildungsministeriums für Bildung und Forschung in Berlin (Experteninterviews mit Verantwortlichen bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der ÖPP AG / Partnerschaften Deutschland)
- ÖPP-Projekte bei den Bundesfernstraßen (ohne Experteninterviews, viel Dokumentenanalyse)

Auf Landesebene wurden dabei folgende Fallstudien durchgeführt:

- Neubau des Landesministeriums für Finanzen in Potsdam (Experteninterview mit einem Verantwortlichen beim Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen)
- Neubau des Behördenzentrums Heppenheim (Experteninterview mit Verantwortlichen beim Hessischen Immobilienmanagement, mittlerweile aufgegangen im Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen)
- Schulen Hamburg Süd (Experteninterview mit Verantwortlichen bei der Finanzbehörde – Immobilienmanagement Hamburg, Besonderheit: ein ÖÖP (Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft))

Auf Kommunalebene wurden dabei folgende Fallstudien durchgeführt:

- Kreisstraßennetz im Landkreis Lippe (Experteninterview mit einem Verantwortlichen der Kreisverwaltung Lippe)
- Kreisaltenheim Schloss Garathausen im Landkreis Starnberg (Experteninterview mit einem Verantwortlichen des Landratsamts Starnberg)

- Braunschweig Schulen (Experteninterview mit Verantwortlichen der Stadtverwaltung, Referat Haushalt, Controlling, Beteiligungen sowie Steuerabteilung)
- PPP-Projekte in Königswinter (Experteninterview mit einem Verantwortlichen der Stadtverwaltung, Dezernat I)
- Warnowtunnel in Rostock (Experteninterview mit Verantwortlichen der Warnowquerung GmbH & Co. KG und der Stadtverwaltung Rostock, Tief- und Hafenbauamt)
- Herrentunnel in Lübeck (Experteninterview mit Verantwortlichen beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein)

In dem Forschungsvorhaben wurden somit empirische Daten dahingehend erhoben, dass diese Experteninterviews mit Protokollen dokumentiert worden sind. Diese stehen auf Anfrage für eine Zweitnutzung zur Verfügung. Ansprechperson ist Herr Andrej Ryndin, E-Mailadresse: anr@wip.tu-berlin.de.

Über die einzelnen ÖPP-Projekte hinaus sind auch Experteninterviews bzw. Austauschgespräche mit weiteren Stakeholdern bzw. Akteuren durchgeführt worden, um ein größeres praktisches Verständnis für die kritischen Punkte bei dieser Thematik zu erlangen.

- Personalvertretung Stadt Hannover (Gesamtpersonalrat (GPR))
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
- Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt
- Bundesbeauftragte für Datenschutz- und Informationsfreiheit sowie den Berliner Landesbeauftragten für Datenschutz- und Informationsfreiheit
- damalige ÖPP Deutschland AG / Partnerschaften Deutschland
- Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG)
- (ÖPP-)Bauunternehmen GOLDBECK und SKE
- Dexia Kommunalbank Deutschland AG / DEXIA Group

3 Ergebnisse

Die Forschungsfrage lautet im Kern: Welche im Kontext einer PPP-Projektrealisierung zu erstellenden Dokumente sollten in welchem Umfang zu welchem Zeitpunkt gegenüber welchen Akteuren veröffentlicht bzw. zugänglich gemacht werden? Daran schließt sich folgende Frage an: Inwieweit ließe sich dies im Kontext des IFG rechtlich umsetzen?

Diese Forschungsfragen sind mit folgendem Ansatz verfolgt worden:

- 1. Normativ-ökonomische Analyse: Untersuchung von positiven und negativen Effekten infolge von Transparenz beim entsprechenden Dokument unter Berücksichtigung verschiedener Projekt-, Akteurs- und Markteigenschaften und Ableitung von ökonomischen Empfehlungen für ein sinnvolles Transparenzniveau.
- 2. Rechtslage und Praxis: Darstellung der aktuellen Rechtslage hinsichtlich der beiden betrachteten Ausschlusstatbestände im IFG „Schutz des fiskalischen Interesses“ sowie „Schutz von Betriebs- und Geschäftsgesheimnissen“ mit Bezug zu bei PPP-Projekten besonders relevanten Dokumenten wie WU und Vertrag sowie Aufzeigen von Möglichkeiten – bei Berücksichtigung der gewonnenen ökonomischen Erkenntnisse – einer alternativen Auslegung des Rechts ohne Anpassung des bestehenden Rechtsrahmens; Darstellung der bisherigen Veröffentlichungspraxis.
- 3. Abgleich und Handlungsempfehlungen: Kritischer Abgleich der generierten Erkenntnisse aus 1. und 2. sowie – bei identifizierten Differenzen – Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Modifikation des rechtlichen Rahmens (mit Fokus auf das IFG).

Die zentralen, zusammenfassenden Ergebnisse des Forschungsvorhabens – im Sinne von Ausführungen, die eine Klammer über die einzelnen Publikationen bilden – sind:

- Insgesamt kann festgehalten werden, dass im Hinblick auf PPP-Projekte der gegenwärtige institutionelle Regelrahmen, insbesondere das IFG, nicht ausreichend ist, um ein effektives und effizientes Transparenzniveau sicherzustellen und somit die vorliegenden politökonomisch erklärbaren Fehlanreize zu reduzieren.

- Übergreifend ist zu kritisieren, dass im Hinblick auf PPP die entscheidenden Ausschlussstatbestände im IFG absolut geschützt sind und somit keine Abwägung mit den Auswirkungen von Transparenz im öffentlichen Bereich stattfindet. Dies führt im Endeffekt zu einem zu geringeren Transparenzniveau, sodass das staatliche Handeln bei PPP-Projekten nicht hinreichend von gesellschaftlichen Akteuren kontrolliert werden kann. Somit lässt das IFG bei Veröffentlichungsentscheidungen genau das Außer acht, was sogar Ziel dieses Gesetzes ist. Hier sollte eine entsprechende Gesetzesänderung umgesetzt werden.
- Die derzeitigen Regelungen im IFG implizieren eine reaktive Dokumenten- und Informationsbereitstellung, allerdings deuten die Ergebnisse mit Bezug zu PPP darauf hin, dass eine proaktive Bereitstellung mit mehr Vor- als Nachteilen einhergeht. Für eine Veränderung dieser Vorgehensweise wäre eine Gesetzesänderung zwar nicht unbedingt notwendig, aber sie ist dennoch zu empfehlen.
- Die Ergebnisse der Analysen legen nahe, dass die „Verankerung“ eines gesonderten Infrastrukturbereichs mit vom IFG zum Teil abweichenden Regelungen (z.B. hinsichtlich des fiskalischen Interesses oder den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) empfohlen werden kann.
- Im Rahmen der Untersuchungen wurde deutlich, dass beim Wissensmanagement im öffentlichen Sektor ein hohes Verbesserungspotential besteht. So könnte das Wissensmanagement (z.B. von der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)) mehr proaktive Elemente aufweisen.
- Ein durch die Umsetzung der Handlungsempfehlungen erhöhtes Transparenzniveau stellt ein gutes Mittel dar, um etwaige Fehlanreize zu reduzieren und somit einen wichtigen Beitrag zur kosteneffizienten Realisierung von Infrastrukturvorhaben zu leisten.

4 Einzelergebnisse und Publikationen

4.1 Publikationen

Bäuml, Andreas (2012): Transparenz bei PPP-Projekten; in InfrastrukturRecht, Heft 9, S. 314-316.

Dieser Artikel geht im Kern der Frage nach, inwieweit mittels des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes (IFG) Informationen, welche im Rahmen der Durchführung von PPPs generiert werden, nach derzeitigem Rechtsstand der Öffentlichkeit zugänglich sind. Dabei werden der Anwendungsbereich des IFG im Hinblick auf die Projektphasen (insbesondere vor, während, nach dem Vergabeverfahren) und die dem Informationsbegehren entgegenstehenden Ausschlusstatbestände untersucht. Als Hauptergebnisse können festgehalten werden, dass das IFG grundsätzlich auf alle Projektphasen bei PPPs zur Anwendung kommt, aber dabei insbesondere fiskalische Interesse sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse den Informationsanspruch einschränken können.

Kühling, Jürgen / Beckers, Thorsten / Ryndin, Andrej / Bäuml, Andreas (2014): Schutz fiskalischer Interessen bei IFG-Anfragen zu ÖPP-Projekten – Das Beispiel der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei Bundesautobahnen; in: InfrastrukturRecht, Heft 5, S. 101-107.

Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) ist ein zentrales Dokument im Realisierungsprozess von ÖPP-Projekten. Eine erhöhte Transparenz könnte dazu beitragen, die politökonomisch erklärbaren Fehlanreize bei deren Erstellung zu reduzieren. Der Artikel untersucht, inwieweit IFG-Anfragen nach WU aus ökonomischen und rechtlichen Gründen zu Recht scheitern und interpretiert dabei zugleich jenen für die Reichweite der Informationsansprüche wichtigen Ausschlusstatbestand der fiskalischen Interessen. Die Kernerkenntnisse der Analysen sind: einer Veröffentlichung der WU-Methodik steht nichts entgegen und eine Abwägung mit Transparenzeffekten im öffentlichen Bereich sollte ins Informationsfreiheitsgesetz (IFG) aufgenommen werden.

Beckers, Thorsten / Kühling, Jürgen / Ryndin, Andrej (2017): Transparenz bei ÖPP-Verträgen und der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen – Eine Analyse aus ökonomischer und juristischer Perspektive; Working-Paper, Langfassung, Online-Veröffentlichung unter http://www.wip.tu-berlin.de/menue/kontakt_mitarbeiterinnen/andrej_ryndin/#c597927

Die langfristigen und komplexen ÖPP-Verträge sind von zentraler Bedeutung für eine kosteneffiziente Ausgestaltung eines ÖPP-Projekts und die Nachvollziehbarkeit sowie Bewertung durch gesellschaftliche Akteure. Die ökonomische Analyse zeigt, dass eine Differenzierung der von Transparenz betroffenen Wirkungsbereiche bei den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sinnvoll ist (technisch-systemische Innovationen, Vertragsdesign-Innovationen, Vergütungs- und Finanzdaten) und die Abwägung der positiven Transparenzeffekte im öffentlichen Bereich mit den negativen Auswirkungen hinsichtlich Wettbewerb und Innovation je nach Wirkungsbereich unterschiedlich ausfällt. Die juristische Auslegung der Norm zu den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im IfG zeigt, dass diese – auch unter Berücksichtigung der vorherigen ökonomischen Ergebnisse – ein absolut geschütztes Rechtsgut darstellen und ohne eine Gesetzesanpassung auch weiterhin keiner Abwägung unterliegen. Schließlich wird daher auf Basis der generierten Erkenntnisse eine neue differenzierte Regelformulierung der entsprechenden Norm im IfG vorgeschlagen.

Darüber hinaus ist geplant, eine Kurzfassung dieses Working-Papers als Artikel in einer Zeitschrift zu publizieren.

4.2 Konferenzbeiträge, Präsentationen und Stellungnahmen

Beckers, Thorsten / Ryndin, Andrej (2012): (In-)Transparenz bei PPP-Vorhaben – Eine ökonomische Analyse, (Input-)Vortrag beim ver.di-Fachtag „PPP/ÖPP Fachgespräch – Transparenz und Mitbestimmung bei ÖPP“ am 24.04.2012 in Berlin

Ryndin, Andrej (2012): Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Transparenz bei ÖPP-Projekten: Normative Konzepte und praktische Umsetzung“, 11. Jahrestagung PPP am 08.05.2012 in Frankfurt/Main

Ryndin, Andrej / Wenzel, Laura (2012): P3T – Transparenz bei PPP-Vorhaben im Infrastrukturbereich - Eine ökonomisch-juristische Analyse, Vortrag auf der Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“ (KIM) am 01.06.2012 in Berlin

Bäuml, Andreas (2012): Transparenz bei PPP-Projekten aus der Sicht des deutschen Rechts, Vortrag auf der Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“ (KIM) am 01.06.2012 in Berlin

Beckers, Thorsten (2012): Zentrale Problembereiche bei der Anwendung des ÖPP-Ansatzes bei den Bundesautobahnen („A-Model-Projekte“), Stellungnahme vom 19.10.2012 im Rahmen der öffentlichen Anhörung zum Thema Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) im Deutschen Bundestag (Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) sowie Teilnahme an dieser Anhörung am 24.10.2012 in Berlin, http://www.wip.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/forschung/publikationen/2012/beckers_2012-problembereiche_anwendung_oeppe-ansatzes_bei_bab.pdf

Ryndin, Andrej (2013): Veröffentlichung der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei PPP-Projekten – Überlegungen aus ökonomischer Sicht, Vortrag auf der Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“ (KIM) am 21.06.2013 in Berlin

Ryndin, Andrej (2014): Transparenz bei Vergabeverfahren für PPP-Projekte im Verkehrsinfrastrukturbereich – Gesellschaftliche Kontrolle vs. Wettbewerbsintensität, Vortrag auf der Konferenz „Verkehrsökonomik und -politik“ am 27.06.2014 in Berlin, https://www.wip.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/forschung/publikationen/2014/2014_06_27-verkehrskonferenz_ppp_transparenz_wu-v06.pdf

Ryndin, Andrej (2015/16): Stellungnahme im Rahmen des Antrags „Landesvermögen schützen – unwirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) verhindern“ vom 30.09.2015 für den Landtag Schleswig-Holstein sowie Teilnahme an der Anhörung am 25.02.2016 in Kiel im Finanzausschuss des Landtags Schleswig-Holstein, <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4900/umdruck-18-4909.pdf>

4.3 Unterstützende Tätigkeiten und weitere Verwendung von im Forschungsprojekt generierten Erkenntnissen in anderen Kontexten

Aufgrund von thematischen Bezügen zum Forschungsprojekt und einer hoher politischen Relevanz sowie Aktualität sind insbesondere Prof. Thorsten Beckers und Andrej Ryndin auch in anderen Kontexten zum Teil umfangreich unterstützend aktiv gewesen, was zu Verzögerungen im Forschungsvorhaben P3T geführt hat.

In erster Linie sind dabei die unterstützenden Tätigkeiten im Rahmen der vom Vizekanzler und damaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im August 2014 eingesetzten Expertenkommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ („Fratzscher-Kommission“) für die Gewerkschaft ver.di (unter anderem Kontakt zu Markus Fuß, Leiter des Verbindungsbüros, und Dr. Dierk Hirschel, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, Europa, Internationales) zu nennen. Im Kern umfassten die Tätigkeiten die inhaltliche Analyse und Bewertung der in der Fratzscher-Kommission entwickelten Vorschläge zur Organisation und Finanzierung im (Verkehrs-)Infrastrukturbereich (insbesondere die Abschaffung des Systems der Auftragsverwaltung und die Gründung einer privatrechtlichen Bundesfernstraßengesellschaft mit Einbezug privaten Kapitals), bei denen es auch um PPP ging. Darüber hinaus wurde auf dieser Grundlage ver.di in gemeinsamen Austauschgesprächen bei der politischen Positionierung und den Überlegungen zur Vorgehensweise unterstützt. Der Endbericht der Fratzscher-Kommission, der ein umfangreiches Minderheitsvotum der Gewerkschaften enthält, wurde im April 2015 veröffentlicht.

Des Weiteren wurden Prof. Georg Hermes und Alexander Schmidt von der Goethe-Universität Frankfurt/Main bei der Erstellung der im Dezember 2016 veröffentlichten Studie „Privatisierung der Infrastruktur als Weg aus der Schuldenbremse? - Rechtliche Rahmenbedingungen der Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen durch öffentliches und privates Kapital im Kontext der Schuldenbremsen“ unterstützt, die ebenfalls von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert worden ist. Diese Studie setzt sich kritisch mit diesbezüglichen Aussagen aus der Fratzscher-Kommission auseinander, wobei der Fall einer Bundesfernstraßengesellschaft als ein aktuell relevantes Beispiel berücksichtigt wird. Die Unterstützung bestand dabei im gemeinsamen Überlegen der Gliederung und Struktur sowie am kontinuierlichen Mitwirken im Entstehungsprozess hinsichtlich der ökonomischen Fundierung.

Darüber hinaus sind die im Forschungsprojekt generierten Erkenntnisse bei der Erstellung von Gutachten im Kontext der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft und damit einhergehender Privatisierungsgefahren weiter verwendet worden. So wird in dem (Kurz-)Gutachten „Ökonomische Beurteilung von Privatisierungsvarianten für die Bundesautobahnen und Gestaltungsempfehlungen für grundgesetzliche Privatisierungsschranken“ für das

Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg sowie in dem im Auftrag des ADAC erstellten Gutachten „Errichtung einer Bundesautobahngesellschaft: Privatisierungsschranken, Staatsgarantie und Rechtsform als zentrale Ausgestaltungsfragen“ auf Ergebnisse der im Abschnitt 4.1 erwähnten Artikel und Working-Paper zurückgegriffen und dabei ist auf das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Forschungsprojekt P3T verwiesen.

Link zum (Kurz-)Gutachten „Ökonomische Beurteilung von Privatisierungsvarianten für die Bundesautobahnen und Gestaltungsempfehlungen für grundgesetzliche Privatisierungsschranken“:

http://www.wip.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/forschung/publikationen/2016/Gutachten_BHWR_2016_BaWue-Beurteilung_von_Privatisierungsvarianten_BAB_BFS-Entwurf_von_GG-Privatisierungsschranken-v200.pdf

Link zum Gutachten „Errichtung einer Bundesautobahngesellschaft: Privatisierungsschranken, Staatsgarantie und Rechtsform als zentrale Ausgestaltungsfragen“:

http://www.wip.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/forschung/publikationen/2017/2017_Februar-Gutachten_1-BAB-Gesellschaft_Privatisierungsschranken_Staatsgarantie_Rechtsform-v300.pdf

5 Verwendete Literatur (Auswahl)

- Beckers, T. / Klatt, J. P. (2008):** Potenziale und Erfolgsfaktoren des PPP-Ansatzes; Studie im Auftrag der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD); abgerufen im Internet unter http://www.wip.tu-ber-lin.de/fileadmin/fg280/forschung/publikationen/2009/potenziale_und_efolgsfaktoren_des_ppp-ansatzes.pdf.
- Berger, S. / Partsch, C. / Roth, J./ Scheel, C. (2013):** Informationsfreiheitsgesetz: IFG, Kommentar, 1. Auflage, 2013
- Boardman, A. E. / Vining, A. R. (2012):** The Political Economy Of Public-Private Partnerships And Analysis Of Their Social Value; in: Annals of Public and Cooperative Economics, Vol. 83, No. 2, S. 117-141.
- Boehm, F. / Olaya, J. (2006):** Corruption in Public Contracting Auctions: The Role of Transparency in Bidding Processes; in: Annals of Public and Cooperative Economics, Vol. 77, No. 4, S. 431-452.
- Rechnungshöfe des Bundes und der Länder (2011):** Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten; abgerufen im Internet unter <http://www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de/media/978/Gemeinsamer%20Erfahrungsbericht%20zur%20Wirtschaftlichkeit%20von%20%D6PP-Projekten.pdf>.
- De Bettignies, J. / Ross, T. W. (2004):** The Economics of Public-Private Partnerships; in: Canadian Public Policy – Analyse de Politiques, Vol. 30, No. 2, S. 135-154.
- Fenster, M. (2006):** The Opacity of Transparency, in: Iowa Law Review, Vol. 91, S. 885-949.
- Kerber, W. (2008):** ‘Rules vs. Standards‘ or Standard as Delegation of Authority for Making (Optimally Differentiated) Rules; in: Internationalisierung des Rechts und seine ökonomische Analyse, Eger / Bigus / Ott / von Wangenheim (Hrsg.), Ort: Gabler Edition Wissenschaft.
- Kloepfer, M. / Greve, H. (2011):** Das Informationsfreiheitsgesetz und der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, NVwZ 2011, S. 577 - 582

Krumm, T. (2013): Parlamentarische Kontrolle von öffentlich-privaten Partnerschaften; in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 6. Jg., Heft 2, S. 393-410.

Kugelmann, D. (2005): Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, NJW 2005, S. 3609 - 3614

Kühling, J. (2010): Public Private Partnerships; in: Basedow, J. / Kischel, U. / Sieber, U. (Hrsg.): German National Reports to the 18th International Congress of Comparative Law, 2010, S. 573-595.

Mühlenkamp, H. (2011): Ökonomische Analyse von Public Private Partnerships (PPP) – PPP als Instrument zur Steigerung der Effizienz der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder als Weg zur Umgehung von Budgetbeschränkungen?; in: Ziekow, J. (Hrsg.): Wandel der Staatlichkeit und wieder zurück? – Die Einbeziehung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Public Private Partnership) in/nach der Weltwirtschaftskrise, Baden-Baden: Nomos, S. 67-106.

Rossi, M. (2004): Informationszugangsfreiheit und Verfassungsrecht, Berlin.

Rossi, M. (2006): Informationsfreiheitsgesetz: IFG, Kommentar, 1. Auflage, Baden-Baden.

Schoch, F. (2016): Informationsfreiheitsgesetz: IFG, Kommentar; 2. Auflage, München.

Shaoul, J. / Stafford, A. / Stapleton, P. (2012): Accountability and corporate governance of public private partnerships; in: Critical Perspectives on Accounting, Vol. 23, No. 3, S. 213-229.

Siemiatycki, M. (2007): What's the Secret? Confidentiality in Planning Infrastructure Using Public/Private Partnerships; in: Journal of the American Planning Association, Vol. 73, No 4, S. 388-403.

Sitsen M. (2009): Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes. Rechtsprobleme im Zusammenhang mit dem Anspruch auf Informationszugang nach dem IFG; Hamburg.

World Bank Institute (2013): Disclosure of Project and Contract Information in Public-Private Partnerships, abgerufen im Internet unter <http://documents.worldbank.org/curated/en/190901468159906133/pdf/762780WP0Box370osure0of0Project0PPP.pdf>.